

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 41 (1947)
Heft: 10

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Zermürbungskrieg gegen den Kommunismus wird Amerika schließlich verlieren. Wir werden verlieren, weil unsere Ideologie in den Völkern der Welt keine Wurzeln hat. Aber der Kommunismus wird auch nicht gewinnen. Das Ringen wird, um mit Marx zu reden, „im gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen enden.“

Das ist die Aussicht, die tatsächlich vor uns steht. Sollte aber das Grauen, das sie in allen nicht ganz stumpfen oder fanatisierten Gemütern erwecken muß, nicht ausreichen, um die Verantwortlichen, weil Wissenden und Einfluß Besitzenden, im Innersten aufzurütteln und zu den Entschlüssen zu führen, die jedermann kennt, und die doch, aus Trägheit, Vorurteil oder Leidenschaft, niemand fassen will?

14. Oktober.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Wie wird die Schweiz verteidigt?

Wenn dieses Heft in die Hände der Leser kommt, werden die *Nationalratswahlen* bereits im Gange sein. Ihr Ausgang wird, von Einzelergebnissen abgesehen, kaum Überraschungen bringen; es wird wieder alles beim alten bleiben, und die Schweiz wird ihren bewährten Ruf aufs neue bestätigen, das konservativste Land Europas zu sein, an dem alle Erschütterungen und Umwälzungen unserer Zeit scheinbar spurlos vorbeigehen. Es wird namentlich keine ins Gewicht fallende Verstärkung der *Linken* – höchstens eine Verstärkung des linken Flügels der Linken – in der Bundesversammlung geben; die wirtschaftliche Hochkonjunktur begünstigt verständlicherweise vor allem die *konservativen* Kräfte, die in der Tat Grund haben, eine Ordnung zu verteidigen, die sich für sie so glänzend rentiert.

Und doch ist es ganz selbstverständlich, daß sich auch die Schweiz der neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnung wird einfügen

minsters *Byrnes*, der nichts mehr und nichts weniger vorschlägt, als Rußland ultimativ aufzufordern, einen von den Westmächten auszuarbeitenden Friedensvertrag zu unterschreiben und Ostdeutschland zu räumen – «was es sicherlich nicht tun wird», bemerkt *Byrnes* sehr richtig. Wenn die Sowjetunion dann ablehne, müsse der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, über das russische Veto hinweg, den andern Mitgliedstaaten befehlen, die Russen mit Gewalt aus Deutschland zu vertreiben, was natürlich den Krieg bedeuten würde. Man stellt also den Russen unannehmbare Bedingungen, schafft das Veto, das bisher eine Vergewaltigung der Sowjetunion verhindert hatte, einseitig ab, mobilisiert im Namen des Völkerrechts und der höchsten Menschheitsideale die Streitkräfte der Vereinten Nationen gegen den Störefried – und hat so endlich seinen kleinen Präventivkrieg. Das ist wenigstens der Plan. Und der ihn ausplaudert, war bis vor kurzem noch verantwortlicher Leiter der amerikanischen Außenpolitik, unter dem die Trumandoktrin in Kraft gesetzt wurde! Man weiß jetzt wenigstens unzweideutig, wohin diese Doktrin zielt.

müssen, die sich, wenn auch erst in den Umrissen sichtbar, in Europa herausbildet. Schon ihre Kleinheit – sie umfaßt ja nicht einmal den 100. Teil der Gesamtbevölkerung unseres Erdteils – macht es ihr unmöglich, ein Sonderdasein inmitten eines Kontinents zu führen, der in der revolutionärsten Umgestaltung seiner Geschichte begriffen ist. Das gilt vor allem für das Problem ihrer *Landesverteidigung nach außen*, in dem das ganze Problem ihrer Existenz überhaupt eingeschlossen ist. Welch unverantwortliche Kurzsichtigkeit, sich so zu benehmen, als könne sich die Schweiz, im Zeitalter der Atombombe, des ferngesteuerten Flugzeuges, der Raketengeschosse und der chemischen Waffen, aus eigener militärischer Kraft behaupten, falls die Hölle eines dritten Weltkrieges doch losbrechen sollte! Wenn es dann der angreifenden Macht nicht gelänge, durch einen Blitzsieg den Gegner im Nu zu zerschmettern – und das ist unwahrscheinlich –, wenn also der Angegriffene Zeit hätte, die gleichen Massenvernichtungswaffen anzuwenden und womöglich noch zu überbieten, die der Angreifer ins Feld führt, was ist denn da anderes vor auszusehen als die völlige Ruinierung *beider* kämpfenden Mächtegruppen und damit auch ganz Mittel- und Westeuropas, auf dessen Rücken ein Krieg zwischen Ost- und Westblock ja in erster Linie ausgetragen würde? Wie will die im Herzen Europas gelegene Schweiz hoffen können, in einer derartigen Zerstörungssorgie noch irgendwie bestehen zu können, auch wenn sie alljährlich nicht «bloß» 400, sondern 800, ja 8000 Millionen Franken für ihre militärischen Rüstungen ausgäbe?

Die nüchternste Vernunft müßte uns sagen, daß Roß und Mann und Wagen uns in einem dritten Weltkrieg noch viel weniger schützen könnten, als sie es in den zwei vergangenen Kriegen getan haben, und daß der einzige Schutz vor den Verheerungen eines Zukunftskrieges für die Schweiz, ebenso wie auch für die übrigen Länder, in der *Verhinderung* einer solchen Katastrophe liegt. Der bloße Selbsterhaltungstrieb sollte die Schweiz anspornen, all die Tatkraft und die Geldmittel, die jetzt für eine *illusionäre* Landesverteidigung aufgewendet werden, für die *wirkliche* Sicherung des Lebens der Schweiz einzusetzen, die nur noch in der Schaffung einer unbedingt haltbaren Friedensordnung mindestens in Europa bestehen kann. Statt dessen schwächen wir unnötig die Finanzkraft des Landes, militarisieren mehr und mehr das Volksleben – mit der unvermeidlichen Aushöhlung der Demokratie, die das mit sich bringt – und schränken, wo es immer gehen mag, in kleinlichem Knorzegeist die Sozial- und Kulturausgaben ein, so neuerdings durch Herabsetzung der Bundesbeiträge an den Wohnungsbau um einen Drittel bis zur Hälfte, wo doch gerade die Beschaffung von Obdach für die ärmeren Volkskreise eine der ersten Pflichten der Eidgenossenschaft sein sollte! Hier wird die *rechte* Landesverteidigung fast planmäßig sabotiert, ohne daß man daran

denkt, wie sehr ein gesundes, lebensfreudiges Volk die erste Voraussetzung jeder nationalen Selbstbehauptung nach außen ist.

Um so schneller und großzügiger ist man dann bereit, Dutzende von Millionen für den Ankauf von Militärflugzeugen hinauszuerwerfen, die schon in ein paar Jahren wieder durch neue, *noch* modernere, wenn auch für die Schweiz in einem Zukunftskrieg nutzlose Maschinen ersetzt werden dürften. Aber auf all diese technischen und organisatorischen Fragen einer schweizerischen Kriegsrüstung sollte sich die sozialistische Linke überhaupt nicht einlassen. Ihre Aufgabe ist nicht, Pläne für eine «Armeereform» zu schmieden oder zu beweisen, daß auch 300 Millionen Franken genügen, um eine wirksame Landesverteidigung sicherzustellen, statt der 400 Millionen, die das Militärdepartement als Minimum verlangt. Was jetzt dem Volke unerbittlich klargemacht werden muß, das ist, daß *überhaupt keine*, wenn auch noch so starke, militärische Rüstung die Schweiz vor dem Ruin retten kann, falls es nicht gelingt, einen neuen Krieg radikal unmöglich zu machen.

Internationale Zusammenarbeit Daß es gegenüber dieser vordringlichsten aller Aufgaben – der Kriegsverhinderung – auch für die Schweiz *keine Neutralität* mehr geben darf, ist hier oft genug gesagt worden. Die Frage unserer Neutralität gewinnt nun aber angesichts der Wendung, die die Weltereignisse nehmen, einen neuen Aspekt. In der Weltrundschau habe ich wiederholt zu zeigen versucht, wie der todbringende Gegensatz zwischen Amerika und der Sowjetunion nur zu überwinden oder doch wenigstens so weit zu mildern ist, daß daraus nicht ein kriegerischer Zusammenstoß entsteht, wenn zwischen den beiden Blöcken eine *dritte Staatengruppe* aufkommt, die nicht nur als Puffer und als selbständiger Machtfaktor in der Weltpolitik zu wirken vermöchte, sondern die auch tätig zu beweisen hätte, daß weder im Kapitalismus noch im Kommunismus das Heil liegt, sondern nur eine freiheitlich geordnete Plan- und Gemeinwirtschaft die gesellschaftlichen Lebensfragen unserer Zeit zu lösen imstande ist. Ein Blick über unsere Grenzen hinaus ergibt auch, daß um eine solche Lösung in allen Ländern West- und Mitteleuropas heftig gerungen wird und auf alle Fälle eine Rückkehr zum Kapitalismus, auch in Form einer «geläuterten Marktwirtschaft» liberalistischen Charakters, überhaupt nicht mehr in Frage steht. Die Frage ist nur, ob der Übergang zu dem neuen Zustand von Staat und Wirtschaft in Westeuropa auf dem Wege des demokratischen Sozialismus oder des totalitären Kommunismus erfolgen soll.

Das ist nun auch für die Schweiz von entscheidender Bedeutung. Auch sie wird, wie gesagt, nicht auf die Länge in ihrem wenn auch

noch so glänzend ausgestatteten Eigenheim verharren können. Sie wird sich aber auch nicht einem kapitalistisch-reaktionären Westblock anschließen dürfen (wozu jetzt in gewissen Kreisen Neigung zu bestehen scheint), einem Westblock, der die Weltfront gegen den Kommunismus verkörpern würde; sie wird vielmehr Anschluß an einen demokratisch-sozialistischen Bund der westeuropäischen Staaten und der britischen Dominien suchen müssen, der auf dem Boden der Vereinten Nationen ein verhältnismäßig selbständiges internationales Wirtschaftsgebiet aufbauen würde und seine eigenen gesellschaftlichen Lebensformen zu entwickeln hätte. Ob sich aus dem europäischen Wiederaufbauplan, der im Hinblick auf die in Aussicht gestellte amerikanische Hilfe entworfen worden ist, ein solches Gebilde ergeben wird, muß sich erst noch zeigen. Die Schweiz beobachtet diesem Plan gegenüber bekanntlich vorsichtige Zurückhaltung, wenn sie auch ihre «Bereitschaft zur Zusammenarbeit» mit den übrigen 15 Ländern, die hinter ihm stehen, grundsätzlich ausgesprochen hat. Sie will namentlich von einer *Zollunion* mit den andern westeuropäischen Staaten, wie sie den Amerikanern vorschwebt, nichts wissen, und es ist auch tatsächlich zu sagen, daß *unter den gegenwärtigen Verhältnissen* eine solche Zollunion nur eine Erschütterung der schweizerischen Wirtschaft und eine Herabdrückung unseres Lebensstandes auf das Niveau der benachbarten Völker bringen könnte.

Aber die Zollunion ist ja gar nicht die wesentliche Frage. Worauf es vor allem ankommt, das ist die Organisierung einer westeuropäisch-dominialen *Planwirtschaft ausgesprochen sozialer, ja sozialistischer Prägung*, innerhalb derer zwar auch ein gewisser Zollaussgleich nötig sein wird, aber doch nur so, daß er sich ergänzend einer Gesamtwirtschaftsordnung einfügt, die keine Herabdrückung, sondern eine Erhöhung des Lebensstandes ihrer Glieder bringt. Mit diesem Ziel im Auge wird die künftige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Schweiz gestaltet werden müssen. Es werden, solange keine realen Möglichkeiten für einen «dritten Wirtschaftsraum» gegeben sind, vor allem die in unserer eigenen Zuständigkeit liegenden Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit sich die Schweiz in eine demokratisch-sozialistische Föderation eingliedern kann, wenn einmal der Zeitpunkt dafür gekommen ist.

Daß dafür eine völlige Umwälzung der innenpolitischen Machtverhältnisse nötig ist, liegt auf der Hand. Wie weit sind wir doch noch von einer wirklichen, allem Volke zugute kommenden nationalen Planwirtschaft entfernt! Die *Dürre* dieses Sommers und die Art und Weise, wie sie bekämpft wurde, hat es aufs neue erwiesen. Mit Recht konnte die «Berner Tagwacht» seinerzeit schreiben:

«Das technisch hochbegabte, industriestarke, wissenschaftlich durchgebildete Schweizervolk *versagte* bei der ersten großen Dürrekatastrophe – inmitten seiner Flüsse und Seen... Truppen standen im Dienst, in Wiederholungs- und Motori-

sierungskursen. Bauernverbände drohten mit Gewaltmitteln, um Subventionen und Preiserhöhungen herauszuholen. In den Parlamenten wurde motiviert, geredet, postuliert – immer ging es um Geld. Aber nirgends, außer in einigen Selbsthilfefällen, kamen Politiker, Techniker, Wissenschaftler, Truppen, Pioniere usw. zusammen, um die versengende Glut durch ein rasch aufgeworfenes leichtes Kanalsystem zu bekämpfen, das zudem viel weniger gekostet hätte, als was jetzt an Millionen in Form von Notsubventionen und Preiserhöhungen ausgeworfen werden muß.»

Ohne à la baisse spekulieren zu wollen, wird man doch sagen müssen, daß es außergewöhnlicher Stöße von *außen* her bedürfen wird, bis das ganze System verhärteten Wirtschaftsegoismus' und politischen Konservatismus', in das wir jetzt eingekrustet sind, so weit erschüttert sein wird, daß sich neue Formen eidgenössischen Lebens durchzusetzen imstande sind. Mögen sich darum die Verteidiger des Bestehenden weiterhin mit der Formel beruhigen, die Bundesrat Petitpierre kürzlich im Ständerat wieder gebraucht hat: «Neutralität und Zusammenarbeit», wobei er mit «Zusammenarbeit» die zu nichts verpflichtende Beobachterrolle und die über humanitäre Leistungen kaum hinausgehende schweizerische Mithilfe beim Wiederaufbau Europas meinte, welche die gegenwärtige Haltung der Schweiz kennzeichnen – die Lösung unseres nationalen Problems erfordert eben dennoch nicht nur die *Preisgabe* einer unmöglichen und zu kraß eigennütziger Desinteressierung an den Lebensfragen der Völkergemeinschaft gewordenen Neutralität, sondern auch das Vorstoßen zu einer Wirtschafts- und Sozialordnung, in der Solidarität und Zusammenarbeit nicht bloß eine Phrase, sondern alltägliche, greifbare Wirklichkeit ist.

16. Oktober.

Hugo Kramer.

Mitgliederversammlung der Vereinigung „Freunde der Neuen Wege“

Die Mitgliederversammlung vom 28. September in Zürich, zu der auch die Mitglieder der Religiös-sozialen Vereinigung als Gäste eingeladen waren, war durch die letzte Versammlung, vom 10. und 11. Mai, notwendig geworden. Dort war zum Rußlandproblem an sich, das ursprünglich den alleinigen Gegenstand der Verhandlungen hätte bilden sollen, die Frage gekommen, wie die «Neuen Wege» sich zum Rußlandproblem stellen sollten, und ob es angehe, daß Redaktor und politischer Mitarbeiter darüber in ganz verschiedenem Sinne schrieben. Bei dieser Fragestellung konnte es nicht bleiben, da sie die Möglichkeit in sich schloß, das Recht der freien Meinungsäußerung des Redaktors und des politischen Mit-